



Februar 2010

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
100-Tage-Bilanz: Schwarz-Gelb erhält nur ein „ausreichend“	5
Zustimmung zur Arbeit aller drei Regierungsparteien gesunken	6
Politikerzufriedenheit: Merkel und Guttenberg an der Spitze, FDP-Minister mit Sympathie-Einbußen	9
Sonntagsfrage: FDP verliert, Oppositionsparteien legen zu.....	11
Deutsche bleiben bei Ablehnung weiterer Steuersenkungen in 2011	13
Gesundheitspolitik: Teilreform wird Systemwechsel vorgezogen	14
Vor dem BVerfG-Urteil: Deutsche uneins über Angemessenheit der Hartz-IV-Sätze	16
Bundesrat: Sympathie für geteilte Mehrheitsverhältnisse zwischen Bundestag und Bundesrat	18

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Februar 2010

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte	
Erhebungszeitraum:	01. bis 02. Februar 2010 Sonntagsfrage: 01. bis 03. Februar 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Februar 2010
67.10.112390

Analyse

Zusammenfassung

Nach 100 Tagen Regierungsarbeit stellen die Bundesbürger dem schwarz-gelben Bündnis ein kritisches Zeugnis aus. Anhand von Schulnoten vergeben die Deutschen für den Regierungsstart nur ein „ausreichend“. Von den drei Regierungsparteien überzeugt die Deutschen am ehesten die Kanzler-Partei. Jedoch stellt die CDU nach 46 Prozent im Dezember derzeit nur ein Drittel der Bundesbürger zufrieden. Fast halbiert hat sich binnen zweier Monate die Zustimmung zur FDP-Regierungsarbeit, die ähnlich wie die Regierungsleistung der CSU nur noch bei jedem Fünften auf ein positives Echo stößt. Angesichts der Startschwierigkeiten von Schwarz-Gelb bestehen rückblickend erhebliche Sympathien gegenüber der großen Koalition. Im direkten Vergleich bescheinigt nur jeder Vierte dem Bündnis von Union und FDP eine bessere Regierungsarbeit als der Vorgänger-Koalition. Auf personeller Ebene festigen die Unions-Kabinetts-Mitglieder ihre tragende Rolle in der Koalition. Wie im Vormonat wird die Liste der populärsten Parteipolitiker von Karl-Theodor zu Guttenberg und Angela Merkel angeführt. Ähnliche Persönlichkeitswerte können die Liberalen momentan nicht ins Feld führen. FDP-Bundesaußenminister Guido Westerwelle, aber auch Gesundheitsminister Philipp Rösler und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle büßen im Vergleich zum Vormonat ein und belegen aktuell im Wählerurteil nur hintere Plätze.

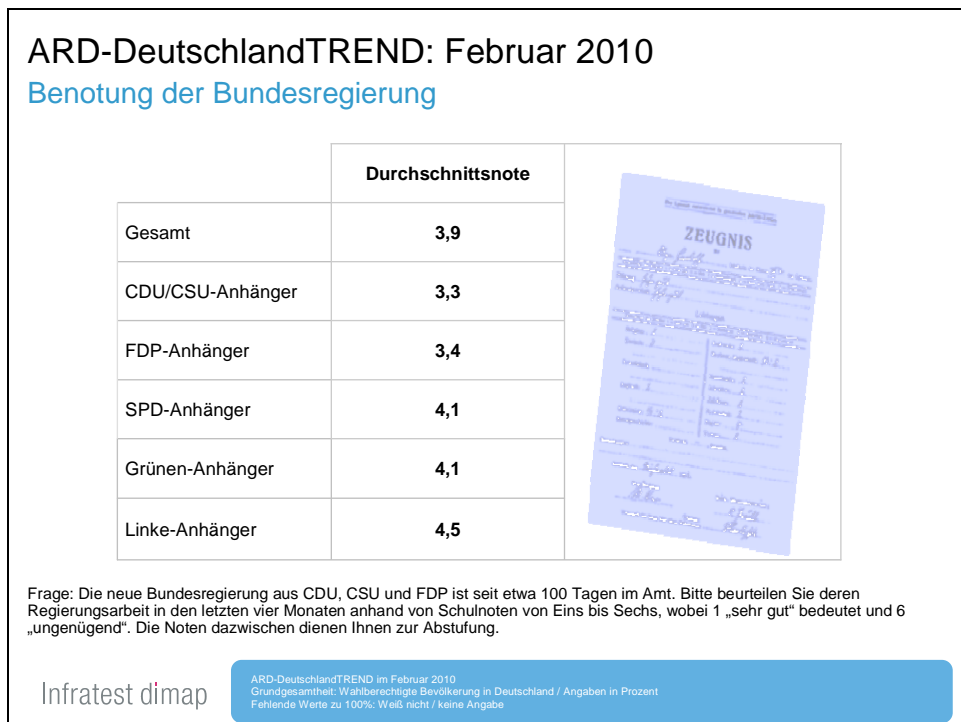
Das Unbehagen an der Regierungsarbeit trifft in der politischen Stimmung vor allem die FDP. Sie gibt gegenüber Januar (-3) ab und liegt mit 8 Prozent in der Sonntagsfrage erstmals seit März 2008 wieder im einstelligen Bereich. Die Union hätte wie im Vormonat einen Anteil von 36 Prozent in Aussicht. Die SPD käme aktuell auf 26 Prozent. Sie verbessert sich leicht (+1), ebenso die Linke, die mit 11 Prozent rechnen könnte (+1). Den größten Zuwachs erfahren die Grünen (+3), die mit 15 Prozent einen neuen Rekordwert im Deutschland-TREND erzielen.

Die Bundesbürger bleiben angesichts des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte und wegbrechender Einnahmen nach wie vor bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Steuersenkungen im nächsten Jahr. Wie im Januar sind sechs von zehn gegen weitere Steuerentlastungen. In der aktuellen Diskussion über die künftige Ausrichtung des Gesundheitssystems setzen die Deutschen weniger auf einen Systemwechsel als auf Reformen innerhalb des Systems. Unstrittig ist unter den Deutschen dabei die Einführung von mehr Kostentransparenz. Weitgehend einig sind sie sich auch, dass noch nicht alle Einsparpotenziale im Gesundheitssystem genutzt wurden. Eine Mehrheit zeigt sich auch durchaus bereit, persönlich mehr für die eigene Gesundheit auszugeben. Den von einzelnen Kassen angekündigten einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag halten drei Viertel aber für ungerecht.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Februar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 01. bis 03. Februar 1.002, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

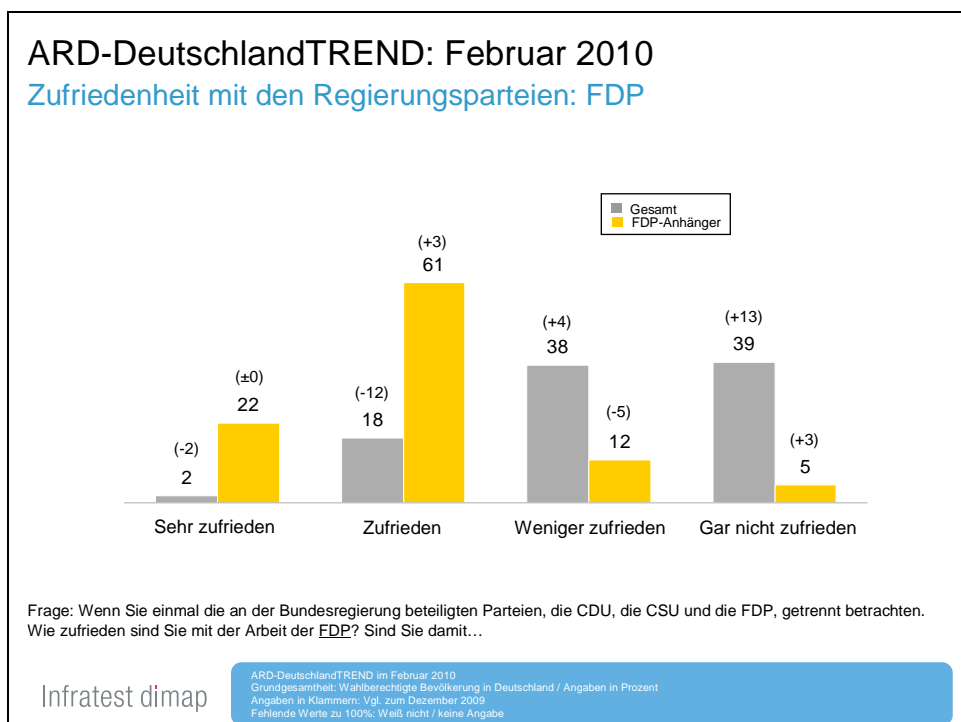
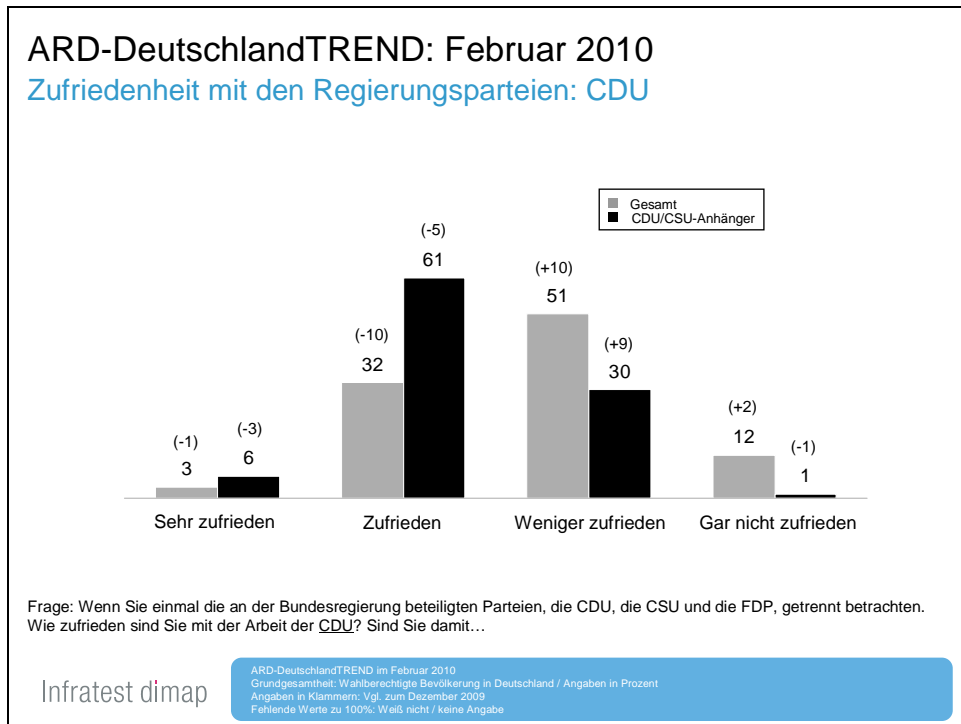
100-Tage-Bilanz: Schwarz-Gelb erhält nur ein „ausreichend“

Nach 100 Tagen Regierungsarbeit stellen die Bundesbürger dem schwarz-gelben Bündnis ein kritisches Zeugnis aus. Aufgefordert, den Regierungsstart anhand von Schulnoten von Eins bis Sechs zu beurteilen, vergeben die Deutschen mit einer durchschnittlichen Bewertung von 3,9 nur ein „ausreichend“. Naturgemäß fällt die Kritik in den Reihen der Opposition am deutlichsten aus. Aber auch im 100-Tages-Zeugnis, das die Regierungsanhänger ausstellen, kommt Schwarz-Gelb nicht über eine „3 minus“ (CDU-Anhänger: 3,3; FDP-Anhänger 3,4) hinaus.

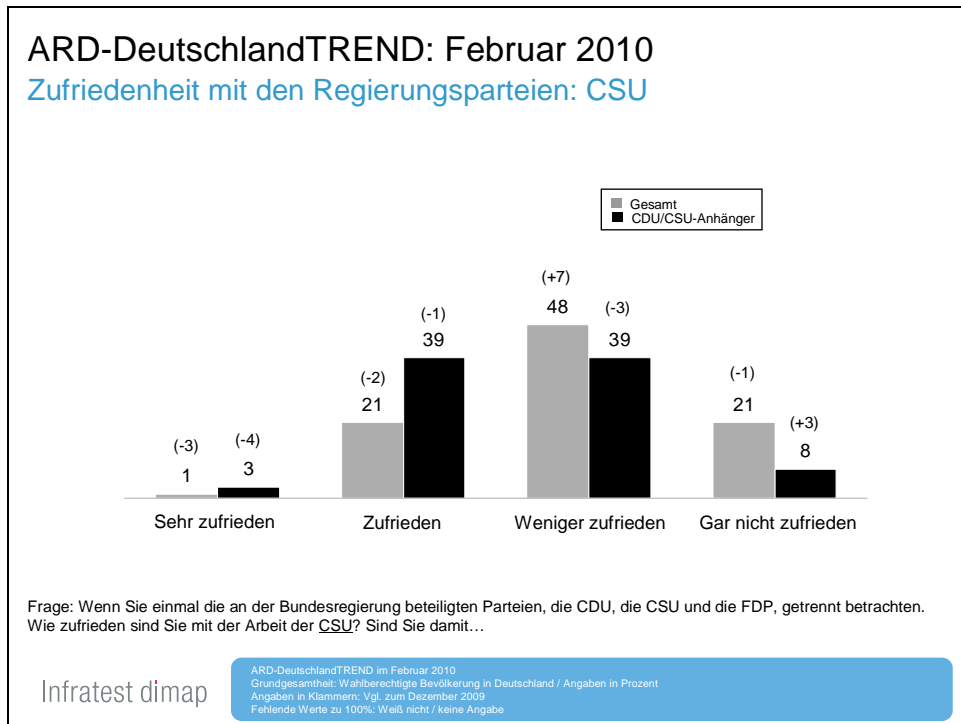


Zustimmung zur Arbeit aller drei Regierungsparteien gesunken

Von den drei Regierungsparteien überzeugt die Deutschen noch am ehesten die Kanzler-Partei. Jedoch stellt auch die Arbeit der CDU derzeit nur ein Drittel der Bundesbürger (34 Prozent) zufrieden. Noch am Jahresende hatte fast jeder Zweite (46 Prozent) ein wohlwollendes Urteil abgegeben.

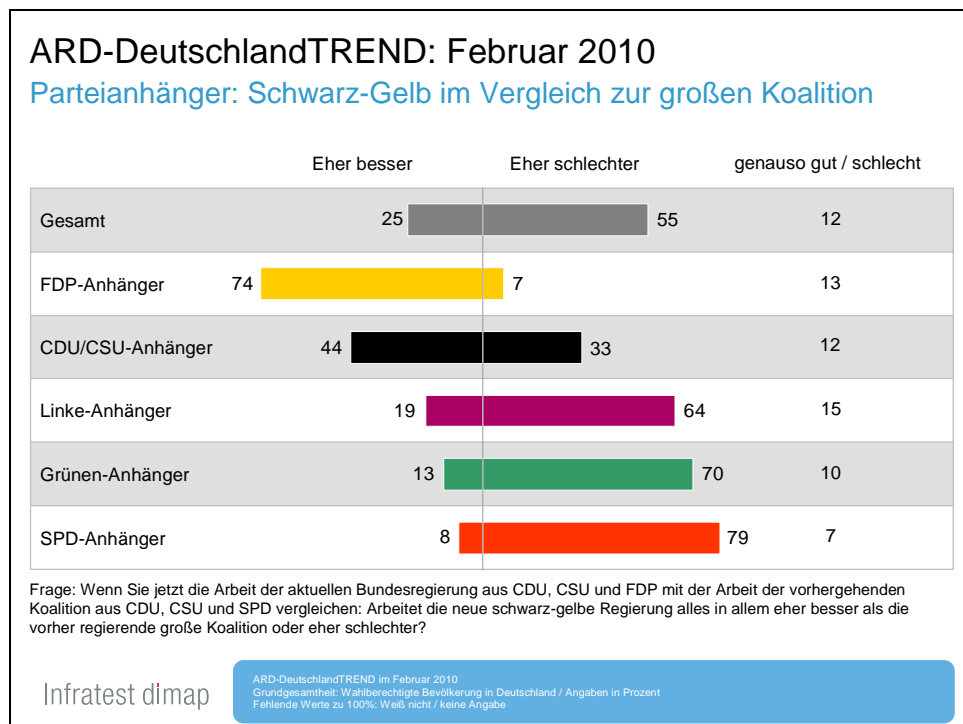


Fast halbiert hat sich binnen zweier Monate die Zustimmung zur FDP: Nach 34 Prozent im Dezember trifft die FDP-Regierungsarbeit aktuell nur bei 20 Prozent der Bundesbürger auf ein positives Echo. Damit schneiden die Liberalen im bundesweiten Urteil ähnlich ab wie die bayerischen Christsozialen, die ebenfalls im Bürgerurteil verlieren und derzeit mit ihrer Arbeit im Kabinett 22 Prozent überzeugen.



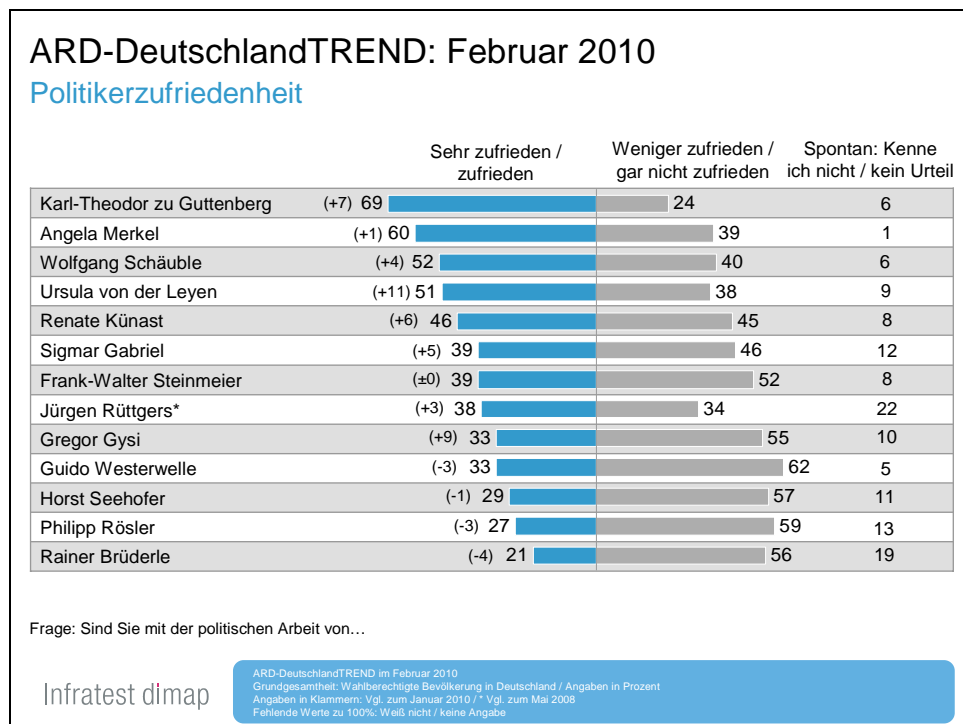
Koalitionsvergleich: Schwarz-Gelb arbeitet schlechter als Schwarz-Rot

Angesichts der sich im Wählerurteil nieder schlagenden Startschwierigkeiten von Schwarz-Gelb bestehen rückblickend erhebliche Sympathien gegenüber der großen Koalition. Im direkten Vergleich zwischen Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot bescheinigt nur jeder Vierte (25 Prozent) der aktuellen Koalition eine bessere Regierungsarbeit als der Vorgänger-Koalition. Für mehr als die Hälfte (55 Prozent) arbeitet das neue Kabinett dagegen schlechter als die Regierung Merkel-Steinmeier. 12 Prozent erkennen keinen wesentlichen Unterschied. Mehrheitlich überzeugt von einer besseren Regierungsarbeit unter der jetzigen Regierung sind allein die Anhänger der Liberalen (74 Prozent), während in den Unionsreihen nur vier von zehn (44 Prozent) der schwarz-gelben Koalition eine bessere Regierungsarbeit bescheinigen als dem Bündnis von Union und SPD.



Politikerzufriedenheit: Merkel und Guttenberg an der Spitze, FDP-Minister mit Sympathie-Einbußen

Auf personeller Ebene festigen die Unions-Kabinetts-Mitglieder ihre tragende Rolle in der Koalition. Wie im Vormonat wird die Liste der abgefragten Politiker von Karl-Theodor zu Guttenberg zu Guttenberg und Angela Merkel angeführt. Der Verteidigungsminister von der CSU verbessert sich gegenüber Januar um 7 Punkte und erhält aktuell eine Zustimmung von 69 Prozent. Die CDU-Bundeskanzlerin erhält den Zuspruch von 60 Prozent und liegt damit ähnlich wie im Vormonat (+1). Auf dem dritten Platz findet sich nach wie vor Finanzminister Wolfgang Schäuble, der nach einem Plus von 4 Punkten auf einen Zustimmungswert von 52 Prozent kommt. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen legt gegenüber Januar um 11 Punkte zu und wird nunmehr von jedem zweiten Deutschen (51 Prozent) positiv bewertet.

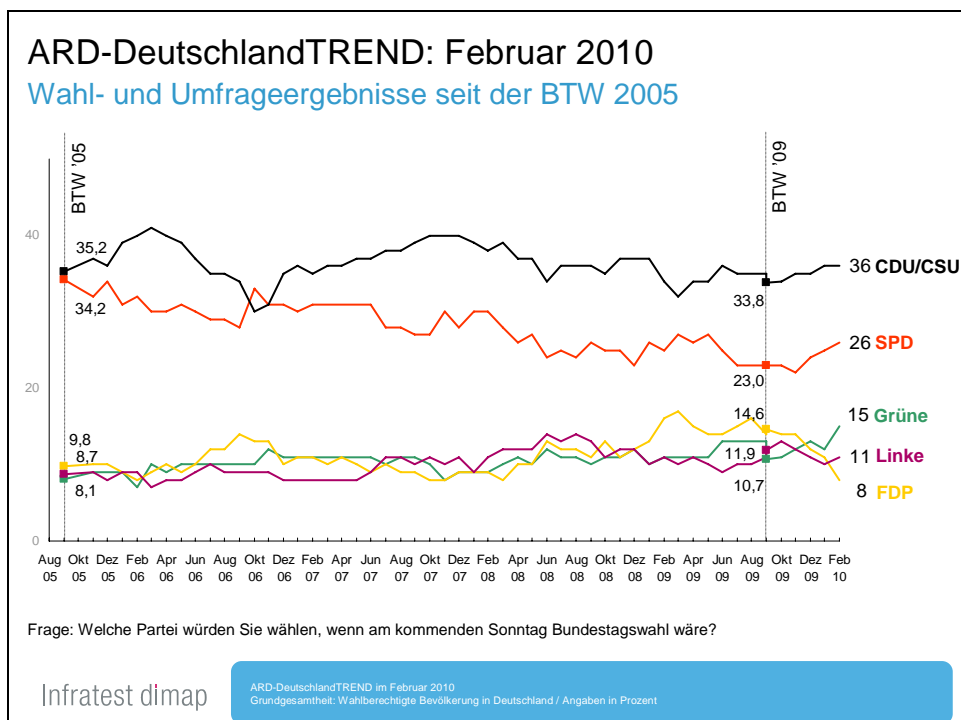
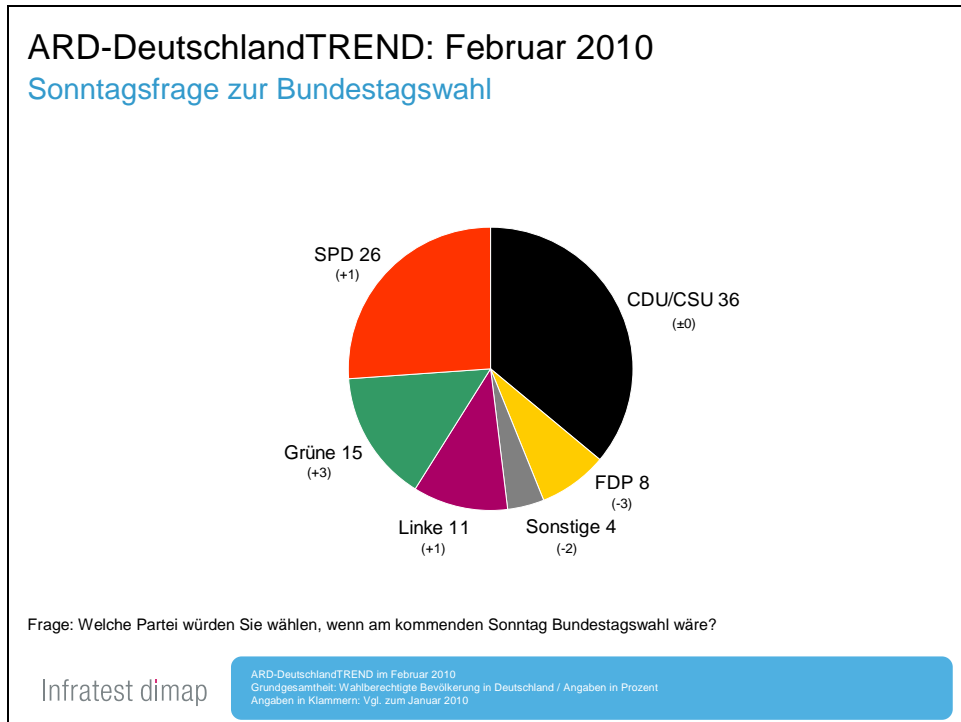


Alle drei im aktuellen DeutschlandTREND abgefragten FDP-Minister haben dagegen Sympathieverluste hinzunehmen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle verliert 3 Punkte, aktuell äußert sich nur ein Drittel der Deutschen (33 Prozent) positiv zu seiner Person, so wenige wie seit November 2007 nicht mehr. Noch vor und auch nach der Bundestagswahl hatten ihn 43 Prozent der wohlwollend bewertet. Sympathieeinbußen in ähnlichem Umfang müssen auch Gesundheitsminister Philipp Rösler (-3) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (-4) hinnehmen. Bei gleichzeitig gestiegener Bekanntheit ist ihre Unterstützung zurückgegangen. Mit Zustimmungswerten von 27 und 21 Prozent belegen sie die beiden letzten Plätze.

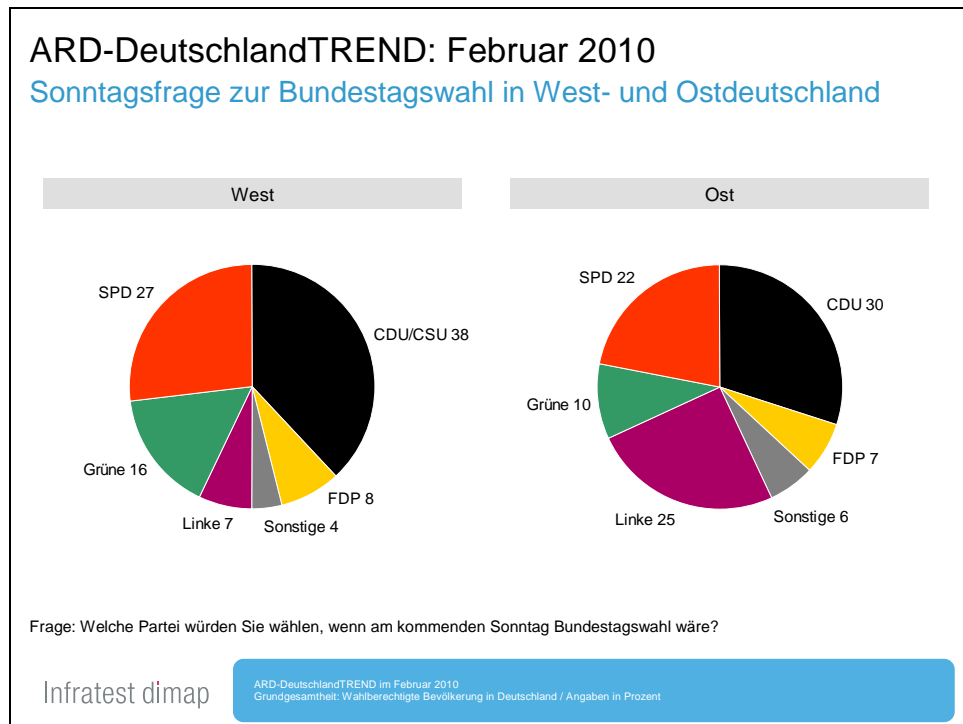
Die Spitzenvertreter von Grünen und SPD rangieren im Bürgerurteil im Mittelfeld. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, erhält einen Zuspruch von 46 Prozent (+6), der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel von 39 Prozent (+5). Während sich beide Politiker gegenüber dem Vormonat deutlich verbessern, wird dem Fraktionsvorsitzenden, Frank-Walter Steinmeier, unverändert von 39 Prozent ein positives Zeugnis ausgestellt. Eine ähnliche bundesweite Bewertung (38 Prozent) erhält aktuell der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der sich Anfang Mai in seinem Bundesland der Wiederwahl zu stellen hat. Linkspartei-Vorsitzender Gregor Gysi wird nach deutlichem Sympathiezuwachs (+9) von 33 Prozent der Deutschen positiv bewertet. Ihm folgt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer mit fast unverändertem Zustimmungswert von 29 Prozent (-1).

Sonntagsfrage: FDP verliert, Oppositionsparteien legen zu

Das aktuelle Unbehagen an der schwarz-gelben Regierungsarbeit trifft in der politischen Stimmung vor allem die FDP. Sie gibt gegenüber Januar 3 Punkte ab und liegt mit 8 Prozent in der Sonntagsfrage des DeutschlandTRENDs erstmals seit März 2008 wieder im einstelligen Bereich. Die Union hätte momentan wie im Vormonat einen Stimmenanteil von 36 Prozent in Aussicht.



Die SPD käme aktuell bei einer Bundestagswahl auf 26 Prozent. Sie verbessert sich gegenüber Januar leicht (+1), ebenso die Linke, die mit 11 Prozent rechnen könnte (+1). Den größten Zuwachs erfahren die Grünen (+3), die mit 15 Prozent auf einen neuen Rekordwert im DeutschlandTREND erreichen. Die Sonstigen würden zusammen genommen 4 Prozent (-2) erzielen.



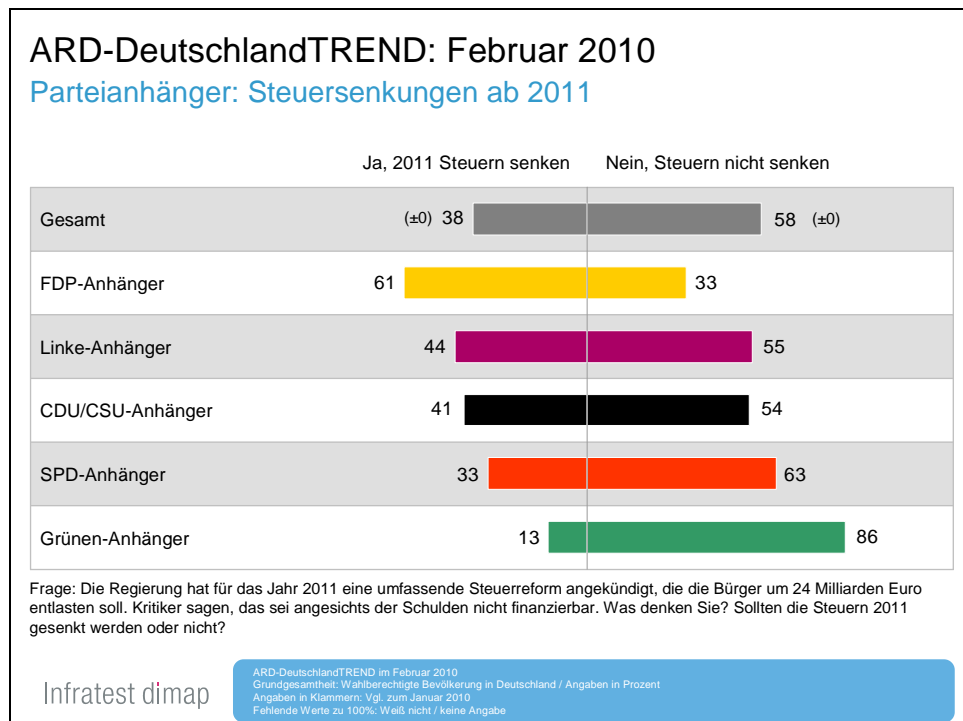
In den **alten Bundesländern** kommt die Union unverändert auf 38 Prozent der Stimmen. Die SPD (27 Prozent) und die Linke (7 Prozent) legen leicht, die Grünen deutlich zu (16 Prozent). Die FDP verliert erkennbar von 11 auf 8 Prozent.

Auch in den **neuen Bundesländern** gelingt es SPD (22 Prozent), Grünen (10 Prozent) und Linkspartei (25 Prozent) ihre Stimmenanteile auszubauen. Demgegenüber verlieren im Osten die CDU (30 Prozent) wie auch die Liberalen (7 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

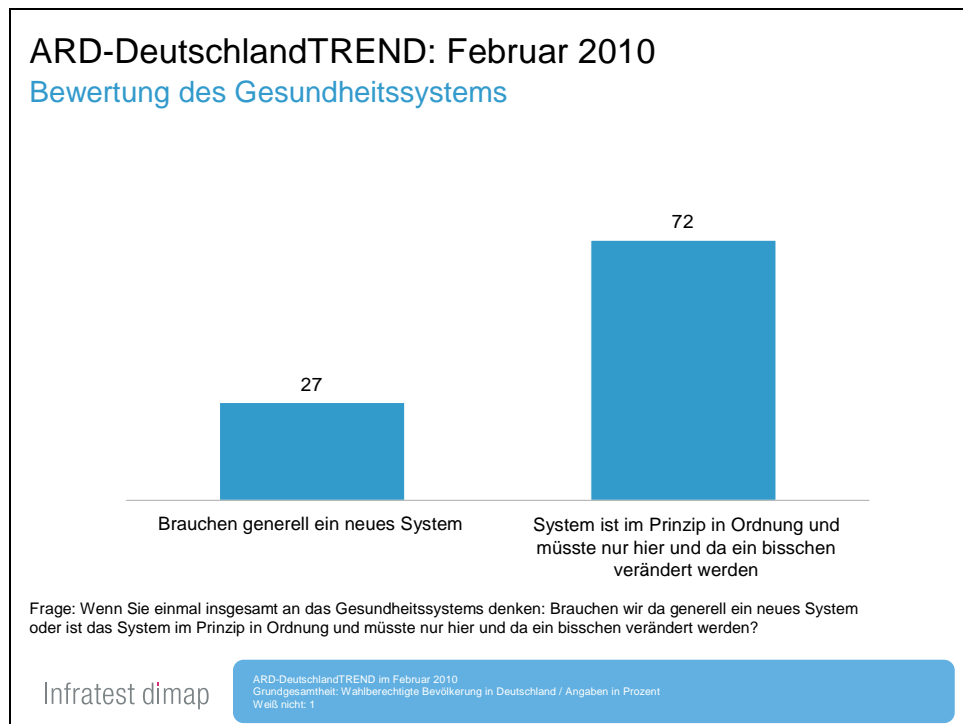
Deutsche bleiben bei Ablehnung weiterer Steuersenkungen in 2011

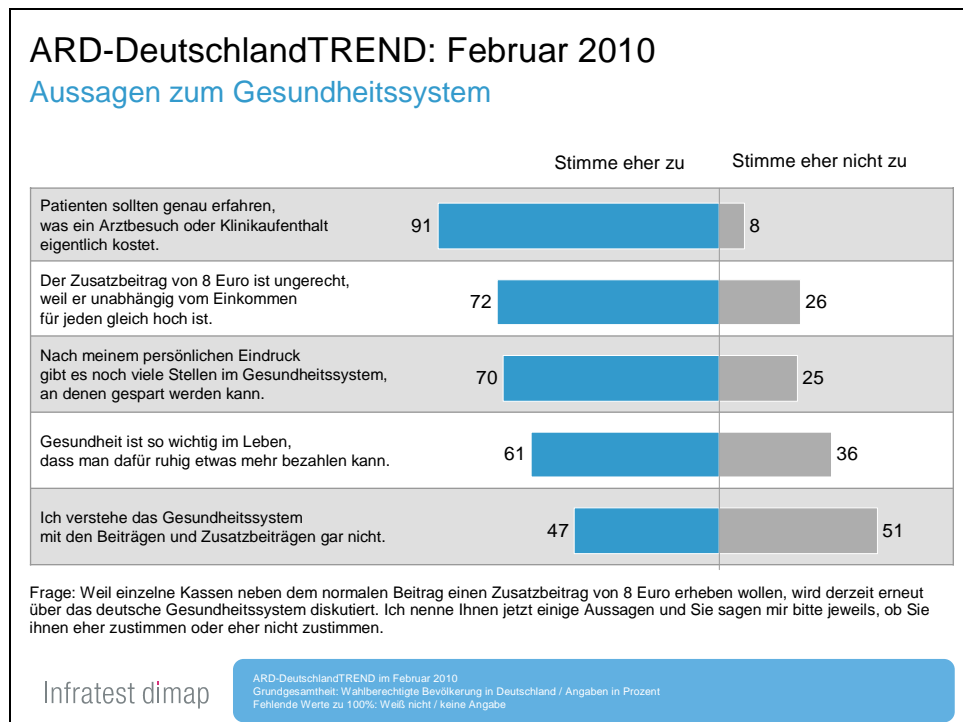
Ein auch unter Sachverständigen umstrittenes Politikziel der Bundesregierung sind die angekündigten Steuersenkungen im nächsten Jahr. Die Bundesbürger bleiben angesichts des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte und wegbrechender Einnahmen nach wie vor bei ihrer ablehnenden Haltung. Wie im Januar sind sechs von zehn (58 Prozent) gegen weitere Steuerentlastungen, vier von zehn (38 Prozent) sprechen sich dafür aus. Aus dem Koalitionslager unterstützen allein die FDP-Anhänger mehrheitlich das Regierungsprojekt für 2011 (61:33 Prozent), bei den CDU-Anhängern überwiegt dagegen die Ablehnung (41:54 Prozent). Klar auf Widerspruch stoßen die Steuersenkungspläne in den Reihen der Opposition, insbesondere bei den Anhängern der Grünen (13:86 Prozent).



Gesundheitspolitik: Teilreform wird Systemwechsel vorgezogen

Wegen der Erhebung von Zusatzbeiträgen durch viele Krankenkassen hat die Diskussion über die künftige Ausrichtung des Gesundheitssystems aktuell neue Nahrung erhalten. Die Vorschläge zur weiteren Reform des Gesundheitswesens reichen von einem radikalen Systemwechsel bis zu kleineren Korrekturen. Letzteres entspräche den Vorstellungen von drei Vierteln der Bundesbürger (72 Prozent). Für sie ist das bestehende System prinzipiell in Ordnung, so dass ihrer Meinung nur hier und da ein bisschen verändert werden muss. Etwa jeder Vierte (27 Prozent) glaubt hingegen, die bestehenden Probleme seien nicht mit kleineren Korrekturen, sondern nur mit einem radikalen Umbau zu beheben. Die Ablehnung tiefgreifender Veränderungen in der Gesundheitspolitik durchzieht alle Anhängerschaften, wobei interessanterweise in den Reihen von Grünen und der Linkspartei noch am ehesten eine Abkehr vom bestehenden Gesundheitssystem befürwortet wurde. Nur jeder vierte FDP-Anhänger befürwortet den von Rösler angestrebten Systemwechsel.

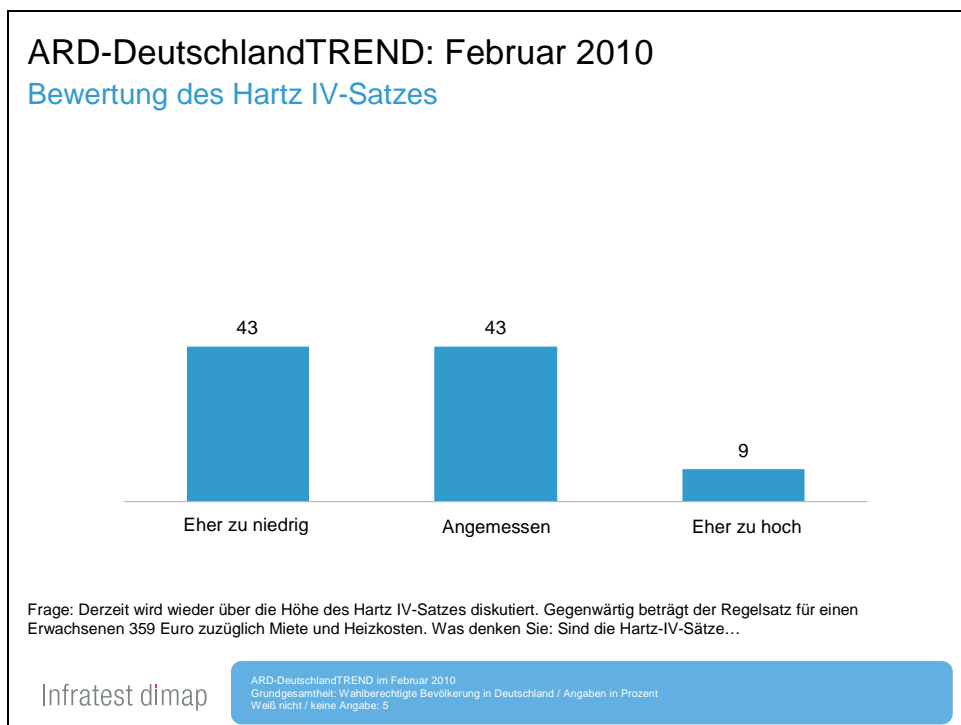




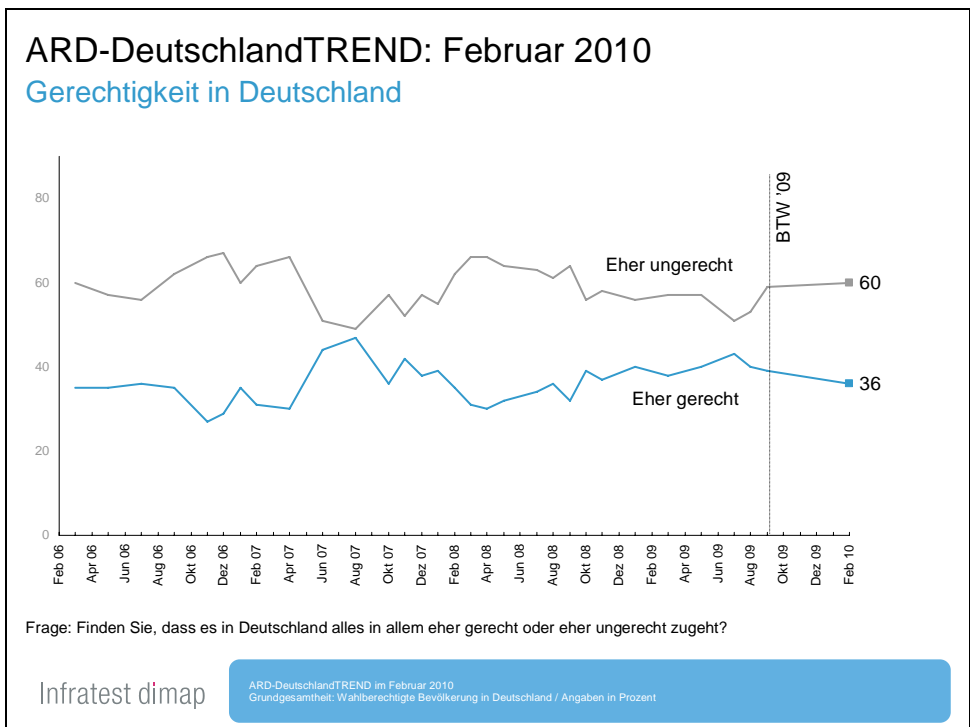
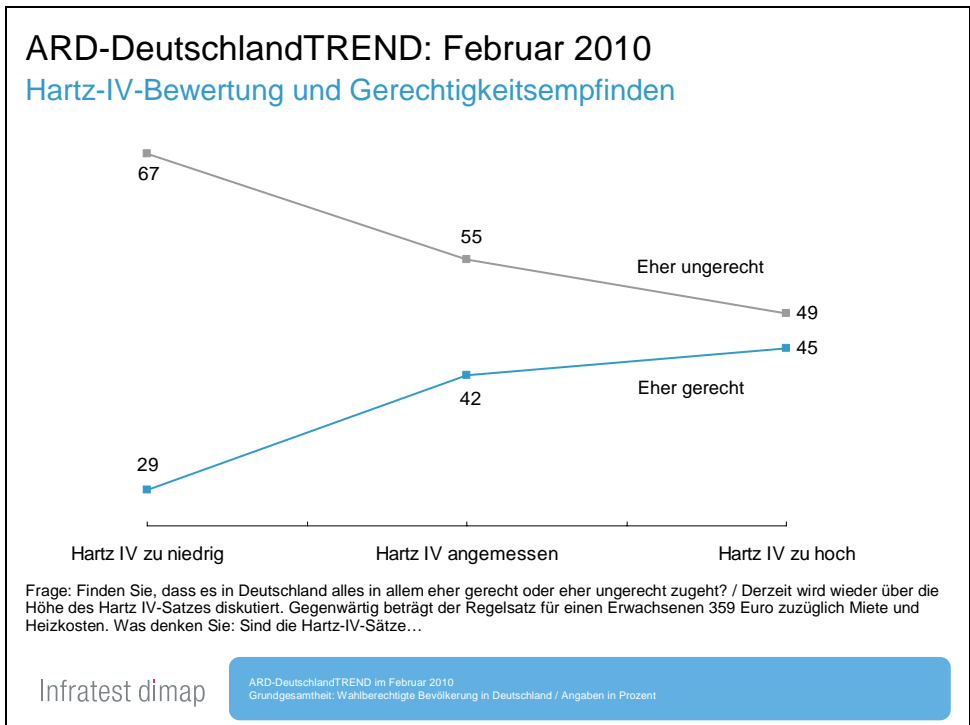
Unstrittig ist unter den Deutschen mit Blick auf die Zukunft des Gesundheitssystems die Einführung von mehr Kostentransparenz, die es dem Patienten ermöglicht zu erfahren, was ein Arztbesuch oder Klinikaufenthalt eigentlich kostet (91 Prozent). Weitgehend einig sind sich die Deutschen auch in der Wahrnehmung von bestehenden Sparpotenzialen (70 Prozent). Die Frage, ob das System mit den Beiträgen und Zusatzbeiträgen zu komplex und unverständlich geworden ist, spaltet hingegen die Deutschen (47:51 Prozent). Offen für eine stärkere Eigenbeteiligung an den Gesundheitskosten zeigen sich nach eigenem Bekunden zwar 61 Prozent. Den von einzelnen Kassen angekündigten einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag von 8 Euro halten aber 72 Prozent für ungerecht.

Vor dem BVerfG-Urteil: Deutsche uneins über Angemessenheit der Hartz-IV-Sätze

In der kommenden Woche entscheidet das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Hartz-IV-Sätze. Die Bundesbürger sind sich hinsichtlich der Höhe der Unterstützung uneins: 43 Prozent halten die Bezüge für zu niedrig. Für ebenso viele ist das Hartz-IV-Niveau dagegen insgesamt angemessen (43 Prozent). Etwa jeder Zehnte sieht die Unterstützungsleistung als zu hoch an (9 Prozent).



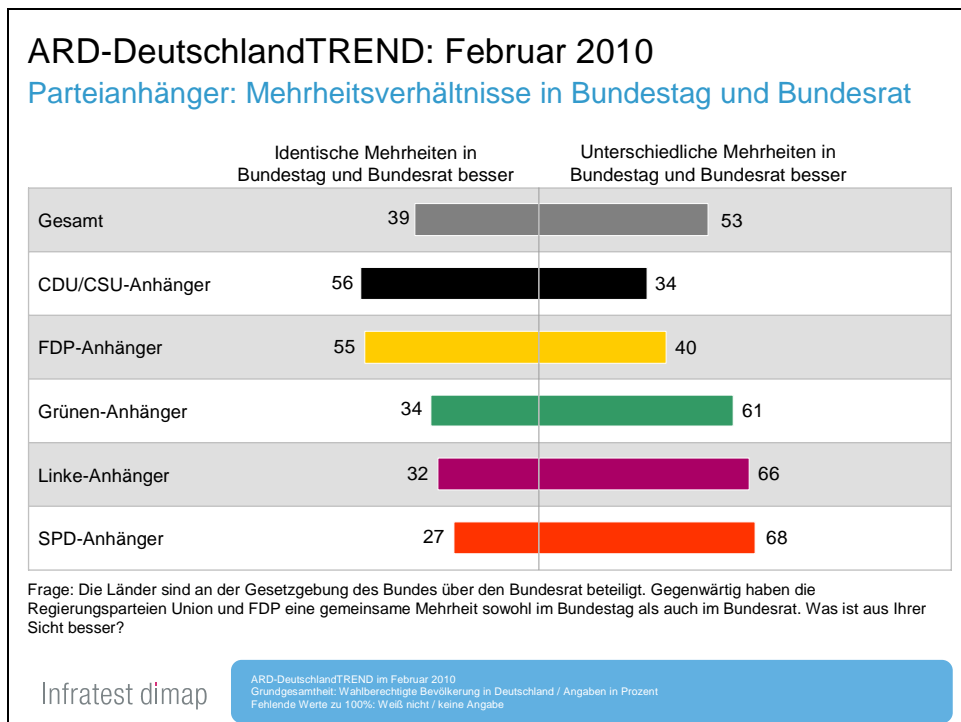
In der Gerechtigkeits-Debatte der letzten Jahre standen die Hartz-Reformen immer im Mittelpunkt. Auch nach wie vor prägt die Sicht auf Hartz-IV das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung: Von den Bundesbürgern, die von zu hohen Unterstützungsleistungen für Langzeitarbeitslose ausgehen, ist fast die Hälfte (45 Prozent) überzeugt, dass es alles in allem gerecht in Deutschland zugeht. Von denen, die zu niedrige Hartz IV-Sätze beklagen, beschreiben dagegen nur drei von zehn (29 Prozent) die bestehenden Verhältnisse als gerecht.



Insgesamt bleibt das Gerechtigkeitsempfinden der Bundesbürger auch zu Beginn des neuen Jahres deutlich negativ gefärbt. Ähnlich wie im September letzten Jahres und damit wie vor dem schwarz-gelben Regierungswechsel beklagen sechs von zehn (60 Prozent; +1) ungerechte Verhältnisse in Deutschland.

Bundesrat: Sympathie für geteilte Mehrheitsverhältnisse zwischen Bundestag und Bundesrat

In der Geschichte der Bundesrepublik haben sich im Laufe der Legislaturperiode die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat häufig zuungunsten der jeweiligen Regierungskoalition im Bund entwickelt. Mit der im Mai in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Landtagswahl könnte Schwarz-Gelb bereits zu Beginn der Amtszeit seine Bundesratsmehrheit verlieren und wäre damit künftig bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auf Verhandlungslösungen mit der Länderkammer angewiesen.



Eine solche Konstellation stößt aktuell bei gut der Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) durchaus auf Zustimmung. Sie finden den aus unterschiedlichen Bundestags- und Bundesratsmehrheiten folgenden Zwang zu Kooperations- und Kompromisslösungen besser als eine Situation, in der die Regierungsmehrheit ihre Vorstellungen frei von Verhandlungszwängen mit der Länderkammer durchsetzen kann. Letzteres wünschen sich mehrheitlich allein die Anhänger der Regierungsparteien.